

# Gezeitenwende im kommunalen Beschaffungswesen – Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf?

Von dem Bleistift im Einwohnermeldeamt oder der Reinigung des Rathauses bis hin zu dem neuen Feuerwehrauto, der Umgehungsstraße für den Landkreis oder der Fregatte für die Bundesmarine – jährlich beschafft die öffentliche Hand Waren und Dienstleistungen im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Beschaffung steht somit außer Frage. Diese Marktmacht scheint die Politik erkannt zu haben, denn jüngst wird vor allem bei den Anpassungen des bisher sehr restriktiven rechtlichen Rahmens für öffentliche Beschaffungen von der EU- bis zur Kommunalebene eine interessante Entwicklung sichtbar: Die öffentliche Hand stellt ihre Beschaffung mehr und mehr in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung.

Auch wenn die Angaben zum Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand in Deutschland schwanken – die EU spricht von 480 Milliarden Euro, das Umweltbundesamt von 150 Milliarden Euro –, zweifelt niemand daran, dass diese jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von mehreren Hundert Milliarden Euro einkauft. Allein dieses Volumen impliziert eine hohe Nachfragemacht der öffentlichen Hand insgesamt und nicht zuletzt der Kommunen. Je nachdem, welche Berechnungen<sup>1</sup> zugrunde gelegt werden, entfallen auf sie zwischen 40 und 60 Prozent des öffentlichen Beschaffungsvolumens.

Diese Marktmacht wird dadurch noch verstärkt, dass die öffentlichen Beschaffungsstellen in manchen Marktsegmenten, zum Beispiel beim Straßenbau, nahezu die einzigen Abnehmer darstellen.<sup>2</sup> Basierend auf ihrer Nachfragemacht kann die öffentliche Hand durch ihre Kaufentscheidungen gezielt auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen einwirken. So kann sie sich zum einen durch bestimmte technische Anforderungen an ihre Waren als Innovationstreiber betätigen. Aber auch gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen, wie zum Beispiel eine nachhaltige Entwicklung, können durch ihre Beschaffungsentscheidungen gefördert werden. Denn je mehr die öffentliche Hand Nachhaltigkeitsgesichtspunkte – beispielsweise die Lebenszyklusbetrachtung, die Umweltverträglichkeit von Produkten oder die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Standards – bei ihren Einkaufsentscheidungen berücksichtigt, desto mehr sind Bieter gezwungen, diese Anforderungen zu erfüllen.

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)/McKinsey & Company (2008): Potenziale der öffentlichen Beschaffung für ökologische Industriepolitik und Klimaschutz; European Commission (2011): Public procurement indicators 2010. Abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/publicprocurement/docs/indicators2010\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/indicators2010_en.pdf) (Stand: 30. 7. 2013)

<sup>2</sup> Vgl. u. a. E&ig, M./Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (Hrsg.) (2013): Exzellente öffentliche Beschaffung

## Studie „Kommunale Beschaffung im Umbruch – Große deutsche Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf?“ im Überblick



Für die Studie wurden im Frühjahr 2013 die Verwaltungen der 174 größten deutschen Kommunen zum Thema Nachhaltigkeit in ihrer Beschaffung in Form eines postalisch versandten Fragebogens um ihre Einschätzung gebeten.<sup>3</sup> 56 Kommunalverwaltungen (32,2 Prozent) schickten den ausgefüllten Fragebogen zurück. Die überdurchschnittliche Beteiligung der größten Kommunen<sup>4</sup> lässt auf eine besonders hohe Relevanz des Themas für diese schließen. Die postalische Befragung wurde ergänzt durch Experteninterviews mit Vertretern aus

Kommunalverwaltungen, der Wissenschaft, öffentlichen Unternehmen und kommunalen Verbänden. Die vollständige Studie ist auf der Homepage des Instituts für den öffentlichen Sektor [www.publicgovernance.de/beschaffung](http://www.publicgovernance.de/beschaffung) verfügbar. Oder nutzen Sie den beigefügten QR-Code. Die Studie kann auch unter [de-publicgovernance@kpmg.com](mailto:de-publicgovernance@kpmg.com) als Printexemplar angefordert werden.



Die politische Relevanz der öffentlichen Beschaffung für das Thema Nachhaltigkeit ist unverkennbar. So wurden auf europäischer<sup>5</sup> Ebene sowie auf Bundes- und Länderebene<sup>6</sup> in den letzten Jahren mehr und mehr (gesetzliche) Rahmenbedingungen geschaffen, die es den öffentlichen Beschaffungsverantwortlichen ermöglichen, die bis dato vergabefremden ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsaspekte bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die Reform vieler Landesvergabegesetze ist zum Teil mit weitreichenden Folgen für die Kommunen verbunden. Die Länder halten diese nun verstärkt zu einer nachhaltigeren Beschaffung an. Außerdem deuten die Ergebnisse der Studie „Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung – Umsetzungsstand in großen Städten und Landkreisen“ des Instituts für den öffentlichen Sektor aus dem letzten Jahr eine hohe Eigeninitiative der Kommunen im Hinblick auf die Umsetzung von Nachhaltigkeitsvorhaben im Beschaffungswesen an.<sup>7</sup> Doch wie ist es tatsächlich um die Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten in der kommunalen Beschaffung bestellt? Welche Tendenzen sind erkennbar? Dies sind Fragen, denen die im November dieses Jahres veröffentlichte Studie „Kommunale Beschaffung im Umbruch. Große deutsche Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf?“<sup>8</sup> des Instituts für den öffentlichen Sektor in Kooperation mit KPMG nachgeht.

### Soziale und ökologische Aspekte halten Einzug ins Vergaberecht

### Ökologische und soziale Aspekte prägen verstärkt kommunale Beschaffung

Die folgenden Aussagen aus dem Studienbericht zeigen auf, dass das Thema Nachhaltigkeit auch in die kommunale Beschaffung Einzug gehalten hat.<sup>9</sup>

- **Umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit** – Die kommunalen Beschaffungstellen beziehen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – in ihr Begriffsverständnis einer nachhaltigen Beschaffung ein. Am bedeutendsten sind hierbei Themen wie der Einsatz umweltschonender Stoffe und Materialien, das zielgerichtete ressourcenschonende Bedarfsmanagement sowie

3 Die Auswahl der Stichprobe erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl der Kommunen (Städte > 80.000 Einwohner und Landkreise > 250.000 Einwohner). Die Studie wandte sich außerdem an die öffentlichen Unternehmen dieser Kommunen in den Sparten Stadtwerke, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Wohnungsbau. Die Ergebnisse für diese Bereiche werden im Studienbericht ebenfalls thematisiert, sind jedoch nicht Teil dieses Artikels.

4 Städte > 400.000 Einwohner und Landkreise > 450.000 Einwohner

5 Besonders auf europäischer Ebene läuft derzeit der Prozess einer weiteren Modernisierung der Vergabevorschriften mit dem maßgeblichen Ziel, gesellschaftspolitische Aspekte bei der Vergabeentscheidung zu stärken. Hierzu wurden im Juni 2013 erste Richtlinienentwürfe vorgelegt. Vgl. [www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Wettbewerbspolitik/oeffentliche-auftraege,did=190884.html](http://www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Wettbewerbspolitik/oeffentliche-auftraege,did=190884.html). (Stand: 1.10.2013)

6 Manche Bundesländer sind gerade erst dabei, ihr Vergaberecht diesbezüglich zu reformieren. Außerdem unterscheiden sich die Bundesländer zum Teil sehr im Detaillierungsgrad der neuen Anforderungen und bei deren Verbindlichkeit.

7 Vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (Hrsg.) (2012): Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung. Umsetzungsstand in großen Städten und Landkreisen. Abrufbar unter: [www.publicgovernance.de/nachhaltigkeit](http://www.publicgovernance.de/nachhaltigkeit)

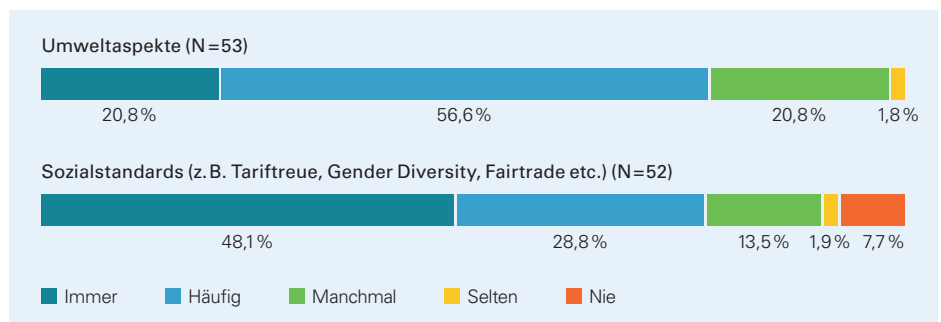
8 Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (Hrsg.) (2013): Kommunale Beschaffung im Umbruch. Große deutsche Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf? Abrufbar unter: [www.publicgovernance.de/nachhaltigkeit](http://www.publicgovernance.de/nachhaltigkeit)

9 Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (Hrsg.) (2013): Kommunale Beschaffung im Umbruch. Große deutsche Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf? Abrufbar unter: [www.publicgovernance.de/beschaffung](http://www.publicgovernance.de/beschaffung)

die Beachtung tarif- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen durch die Lieferanten und Dienstleister.

- **Ökologische und soziale Standards werden wichtiger** – Ökologische und soziale Standards werden zukünftig bei der Beschaffung nach Aussage der befragten Kommunen eine noch wichtigere Rolle spielen. Dennoch ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Beschaffungskosten weiterhin der bedeutendste Faktor bleiben.
- **Dominanz ökonomischer Gesichtspunkte bei den Nachhaltigkeitsdimensionen** – Geht es um die gegenwärtige Relevanz der drei Dimensionen für die kommunale Beschaffung in ihrer Kommune, geben die Befragten ökonomischen Aspekten ein Gewicht von zwei Dritteln. Ökologische Gesichtspunkte erhalten ein Gewicht von durchschnittlich knapp einem Fünftel; soziale Aspekte von gut 14 Prozent.
- **Ökologische und soziale Aspekte bereits jetzt häufig Teil der Ausschreibung** – Über drei Viertel der Kommunalverwaltungen beziehen ökologische und soziale Gesichtspunkte schon jetzt in die Ausschreibung ein (vgl. Abbildung 1).

**Abbildung 1: Berücksichtigen Sie in Ihrer Kommune bei Ausschreibungen Umwelt- bzw. Sozialstandards?**



Quelle: Institut für den öffentlichen Sektor (Hrsg.) (2013): „Kommunale Beschaffung im Umbruch – Große deutsche Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigen Einkauf?“

Umweltaspekte sind bei der großen Mehrheit ein Bestandteil der Leistungsbeschreibung und der Zuschlagskriterien. Sozialstandards finden hingegen bei jeweils circa zwei Dritteln der Befragten bei den Anforderungen an den Bieter und in der Leistungsbeschreibung Berücksichtigung.

- **Rückgriff auf Standards und Gütezeichen bei Ausschreibungen** – Bei der Gestaltung von Ausschreibungen orientieren sich Kommunalverwaltungen an ökologischen Zertifikaten und Siegeln – am häufigsten am Blauen Engel; gefolgt von Energy Star und Forest Stewardship Council (FSC). Bei den Sozialstandards finden häufig die meist bereits gesetzlich vorgeschriebenen Standards wie Mindestlohn und Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Anwendung.
- **Gemeinderatsbeschlüsse sind neben Landesrecht eine wesentliche Begründung für nachhaltige Beschaffung** – Mehr als die Hälfte der Kommunen gibt an, dass rechtliche Vorgaben seitens der Landesregierungen die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in ihrer Beschaffung fordern, etwas mehr nennen entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse. Bei einer isolierten Betrachtung der Städte geben sogar über 70 Prozent an, über einen solchen Beschluss zu verfügen.
- **Kaum Steuerungsinstrumente zur Förderung einer nachhaltigen Beschaffung** – Steuerungsinstrumente zur Förderung einer nachhaltigen Beschaffung sind

bis auf Dienstanweisungen und eine kommunale Beschaffungsrichtlinie bisher nicht weit verbreitet. Nur gut jede fünfte befragte Kommune orientiert sich an übergreifenden Kennzahlen. Instrumente wie Benchmarking, Controlling, gesonderte Budgets für Nachhaltigkeitsaktivitäten oder interne Leitfäden setzen die Kommunen ebenfalls eher ausnahmsweise als regelmäßig ein. Besonders auffällig: Zwar verfügt ein Viertel der Kommunen über eine Nachhaltigkeitsstrategie, aber fast keine über die dafür notwendigen Steuerungs- und Zielsysteme.

- **Verbreiteter Einsatz von Verwaltungskooperationen zur Kostensenkung** – Viele Kommunen setzen zur Kostensenkung auf Kooperationen. So bündelt eine große Mehrheit die Einkaufsaktivitäten innerhalb der eigenen Verwaltung. Mit anderen Kommunalverwaltungen arbeiten immerhin noch knapp zwei Drittel zusammen. Bislang wird jedoch eine gemeinsame Beschaffung von Kernverwaltung und öffentlichen Unternehmen im „Konzern Kommune“ vernachlässigt.
- **Keine systematische Verknüpfung von Beschaffung und Haushaltslage erkennbar** – Die Beschaffung scheint weitgehend entkoppelt von strategischen Vorgaben zu agieren. Nur gut ein Viertel der Befragten erklärt, dass hinsichtlich zu erreichender Kostenverbesserungen eine übergreifende Zielsetzung (zum Beispiel im Haushalts-sicherungskonzept) vorhanden sei.
- **Überwiegend operatives Selbstverständnis der Beschaffungsstellen** – Die Beschaffung ist innerhalb der Verwaltung derzeit bei einem Drittel lediglich in die operativen Aufgabenstellungen eingebunden und versteht sich als interner Dienstleister. Gegebenenfalls schafft sie noch durch umfassende Marktkenntnisse und intensive Lieferantenbeziehungen einen Mehrwert. Nur selten wird die Beschaffung in die Planungs- und Budgetierungsphase eingebunden und somit als taktischer Partner verstanden. Lediglich eine Minderheit sieht die Beschaffung als internen Innovationstreiber, der zur Erreichung strategischer Ziele der Kommune beiträgt. Organisatorisch ist die Beschaffung meist in Mischformen aus zentraler und dezentraler Verantwortung aufgestellt; nur eine Minderheit gibt an, dass sie über ein überwiegend zentral organisiertes Beschaffungswesen verfügt.

### Wie nachhaltig beschaffen die größten deutschen Städte?

Von den zehn größten Städten Deutschlands haben sich sieben an der Studie beteiligt. Da es sich bei diesen um die Kommunen mit dem größten Beschaffungsvolumen handelt, lohnt es sich besonders, deren Antwortverhalten einmal gesondert zu betrachten und Unterschiede zum Durchschnitt aufzuzeigen.

Hierbei wird schnell deutlich: Das Thema macht auch vor der Beschaffung der größten Städte nicht halt. Überdurchschnittlich häufig beziehen diese sieben größten Städte bereits heute ökologische und soziale Themen in ihr Begriffsverständnis einer „nachhaltigen Beschaffung“ ein. So fassen alle den Einsatz umweltschonender Stoffe und Materialien, die Beachtung von tarif- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen durch die Lieferanten/ Dienstleister sowie ein zielgerichtetes ressourcenschonendes Bedarfsmanagement unter den Begriff „nachhaltige Beschaffung“.

Auch bei den Ausschreibungen spielen im Vergleich mit allen antwortenden Kommunen Umweltaspekte und Sozialstandards sowohl bei den Mindestanforderungen an bietende Unternehmen, als auch bei der Leistungsbeschreibung und den Zuschlagskriterien noch häufiger eine Rolle. Dies gilt auch für die Orientierung an bekannten ökologischen Zertifikaten oder Siegeln, wie zum Beispiel dem Blauen Engel oder dem Forest Stewardship Council (FSC), bei der Gestaltung von Ausschreibungen.

Während durchschnittlich drei von vier Kommunalverwaltungen angeben, bei der Bewer-

tung eines Angebots Lebenszykluskosten einzubeziehen, trifft dies nach eigener Aussage auf alle sieben an der Studie teilnehmenden größten deutschen Städte zu. Ebenso bemühen sich die größten Städte häufiger, ihre Einkaufsaktivitäten innerhalb der eigenen Verwaltung sowie mit den eigenen kommunalen Unternehmen zu bündeln.

Die besonders hohe Relevanz des Themas in den größten Städten kann auch daran abgelesen werden, dass bei fast drei Viertel ein Gemeinderatsbeschluss die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Beschaffung fordert. Bei der Betrachtung aller teilnehmenden Kommunen ist es nur gut die Hälfte. Auch werden in den Verwaltungen der größten Städte zum Teil weitaus häufiger Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Beschaffung angewandt. So haben fast alle eine kommunale Beschaffungsrichtlinie verabschiedet, knapp die Hälfte nutzt eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie. Jedoch setzen auch die größten Städte kaum auf Indikatoren und Kennzahlen, Controlling und Monitoring bzw. ein Nachhaltigkeitsziel-system.

Aus den dargestellten Studienergebnissen lässt sich ablesen, dass die größten deutschen Städte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Beschaffung weiter sind als die kleineren Städte. In Teilaspekten scheint das Thema überdurchschnittlich stark vorangetrieben zu werden.

### Verunsicherung bei den Kommunen

Die Folgen einer Zersplitterung und komplizierteren Rechtslage im Vergaberecht werden schon heute sichtbar. Betrachtet man die Diskussionen in einschlägigen Vergabe- und Beschaffungsforen, wird schnell deutlich, dass unter den Beschaffungsverantwortlichen in den Kommunen derzeit große Verunsicherung herrscht. In den Experteninterviews im Rahmen der Studie wird die Ursache hierfür hauptsächlich in den jüngsten Anpassungen der Landesvergabegesetze sowie Urteilen auf EU-Ebene<sup>10</sup> gesehen. Den gesetzlichen Vorgaben mangle es oftmals an einer

Politik muss für klare,  
einheitliche Vorgaben sorgen

inhaltlichen Konkretisierung. So seien neben den neuen rechtlichen Vorgaben auch die damit einhergehenden bzw. notwendigen Prozessanpassungen häufig nicht ausreichend definiert. Andererseits schreiben einige Landesvergaberechte bestimmte Sachverhalte sehr detailliert vor, womit die Gefahr einer Überregulierung und des Aufbaus zusätzlicher bürokratischer Hürden besteht. Als Beispiel sei hier die sehr umfangreiche Beschreibung der Anforderungen an zu beschaffende Kühl- und Gefriergeräte oder Leuchten der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt des Landes Berlin genannt.<sup>11</sup> Die Beschaffungsstellen werden zukünftig mehr und mehr den Spagat zwischen der Integration ökologischer und sozialer Aspekte bei gleichzeitiger Erfüllung der Kostenvorgaben meistern müssen. Des Weiteren wird gefordert, dass über Landesgrenzen hinweg einheitliche Standards für ökologische und soziale Aspekte im Rahmen von öffentlichen Beschaffungsprozessen geschaffen werden, um einer Zersplitterung der Vergabelandschaft entgegenzuwirken.

### Wie sollte es weitergehen?

Um den neuen Anforderungen gewachsen zu sein, müssen die Beschaffungsverantwortlichen ihre Qualifikation erweitern. Auch in der Studie wird die Qualifizierung der Mitarbeiter in den Beschaffungsstellen, zum Beispiel im Hinblick auf die Verwendung und Beurteilung von Umweltsiegeln und Sozialstandards, als Schlüssel für eine erfolgreiche Einführung von Nachhaltigkeitsaspekten in die öffentliche Beschaffung genannt. Außerdem ist es wesentlich, die verwaltungsinterne Rolle der Beschaffungsstellen zu überdenken. In der Funktion eines reinen Bedarfs- und Bestellabwicklers können diese ihren neuen Aufgaben kaum gerecht werden. Vielmehr sollten sie frühzeitig und mit gestaltender Rolle in die Beschaffungsvorgänge eingebunden werden. Denn nur in einer Rolle als strategischer Manager kann die Beschaffungsstelle die Kommune bei einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen.

Um eine Kommune bei einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen, erscheint es nicht ausreichend, die bereits bestehenden Strukturen und Entscheidungsprozesse im Beschaffungswesen lediglich um Nachhaltigkeitsaspekte zu ergänzen. Vielmehr sollten diese überdacht und in ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Kommune eingebettet werden.

Entscheidend hierfür ist, dass die Verwaltungsleitung – (Ober-)Bürgermeister und Landräte – sowie die Kommunalvertretung an einem Strang ziehen, um das Thema voranzutreiben. Denn nicht nur die Verwaltungsmitarbeiter in den Beschaffungsstellen müssen bereit sein, sich auf neue Wege einzulassen. Auch die Verwaltungsspitze bzw. der Gemeinderat muss gegebenenfalls willens sein, Beschaffungsentscheidungen zu treffen, die zwar zunächst teurer sind, sich aber langfristig lohnen.

<sup>10</sup> Vgl. u. a. Urteil des EuGH vom 10.5.2012 (Rs. C-268/10, Kommission/Niederlande)

<sup>11</sup> Vgl. Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt – VwVBU des Landes Berlin vom 23.10.2012, Anhang 1 Umweltauflagen bei der Beschaffung

Mit Blick auf den Beschaffungsprozess könnten Synergien zwischen einzelnen Abteilungen, Ämtern etc. besser genutzt und auf diese Weise Beschaffungsprozesse verschlankt werden. Die Einführung der neuen Vergabeaspekte (Lebenszyklusansatz, Ökologie und Soziales) sollte dazu genutzt werden, die bisherigen Prozesse im Sinne der Nachhaltigkeit zu überarbeiten. Dazu gehört auch, eine möglichst langfristige Perspektive einzunehmen, um Folgebelastungen – etwa für künftige kommunale Haushalte – möglichst klein zu halten. Bei einer Beschaffungsentscheidung sollten die Gesamtbetriebskosten bzw. die Lebenszykluskosten den Maßstab bilden. Auch der Einsatz von Managementinstrumenten erscheint angesichts der Studienergebnisse ausbaufähig. Leistungsvergleiche (Benchmarkings) mit anderen Verwaltungseinheiten, aber auch mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft könnten mögliche Schwachstellen offenlegen und helfen, Innovationen durchzusetzen. In diesem Zusammenhang sollte auch über die Einführung von Einkaufsbudgets nachgedacht werden. Diese könnten als ein weiteres Lenkungs- und Kontrollinstrument in der Beschaffung dienen. Derzeit scheint mit Blick auf die Studienergebnisse die Verknüpfung von Beschaffung und strategischer Haushaltssteuerung eher schwach ausgeprägt zu sein. Beschaffung könnte aber in noch stärkerem Maße ein nachhaltiges Haushaltswesen unterstützen und in vielen Fällen zu einer Konsolidierung der Haushalte beitragen.

### Förderung einer nachhaltigen Beschaffung durch eine verstärkte Nutzung von Managementinstrumenten

Neben internen Umstrukturierungen und einem Wissensaufbau, zum Beispiel im Hinblick auf Umweltsiegel und Sozialstandards, gilt es, die bereits zahlreich vorhandenen verwaltungsinternen und -externen Kooperationen weiter auszubauen. Hierbei könnte nicht nur auf Fachexpertise außerhalb der eigenen Beschaffungsstelle zugegriffen werden, sondern das Bündeln von Einkaufsaktivitäten innerhalb der eigenen Kommunalverwaltung und mit anderen Kommunen könnte auch zu einer Kostenreduktion führen – ein Trend, der aus den Studienergebnissen schon jetzt sichtbar wird. Besonders für kleinere Kommunen könnte dies im Hinblick auf ihre begrenzten eigenen Ressourcen attraktiv sein. Kaum genutzt wird in diesem Zusammenhang eine Kooperation im kommunalen Konzern. Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und andere kommunale Unternehmen der Verwaltung könnten verstärkt gemeinsam beschaffen bzw. ihre Beschaffungsstellen kooperieren lassen, zum Beispiel bei der Beschaffung von IT-Ausrüstungen oder im Hinblick auf den Fuhrpark. Auch durch lokale Privatunternehmen oder private Outsourcingpartner könnten sich möglicherweise Chancen eröffnen, die Beschaffung nachhaltiger zu gestalten.

Die kommunale Beschaffung könnte durch all diese Maßnahmen zu mehr Nachhaltigkeit vor Ort beitragen. Außerdem ist – nicht zuletzt aufgrund des eingangs beschriebenen erheblichen aggregierten Beschaffungsvolumens – ihre gesamtgesellschaftliche Wirkung nicht zu unterschätzen. Somit könnte die kommunale Beschaffung beträchtlich zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland beitragen. ■

*Stefanie Beck*